



(Die Stimmen sind für ungültig erklärt). Als gewagt gelten unter anderen von den Demokraten Jaas und Bierdick, von den Sozialdemokraten Goeß, Brinck, von dem Zentrum Lehrenbach, Jöhner, Esfeg, Wirth.

### Die Wahlen in Württemberg.

Die Wahlen in Württemberg brachten folgendes Ergebnis: Demokraten 352 010, Zentrum 308 570, Sozialdemokraten 470 216, Bürgerpartei und Bauernbund 182 511, Unabhängige 36 413, Friedenspartei 8504. Es stellen demnach Abgeordnete: die Demokraten 4, das Zentrum 4, die Sozialdemokraten 7, Bauernbund und Bürgerpartei 2, die Unabhängigen und Friedenspartei keinen.

### Preußens Verkrümmung.

Der Verfassungsausschuß für das Deutsche Reich, der wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Monats zur Veröffentlichung gelangt, steht seinen Vizepräsidenten vor. Der Präsident soll auf sein Jahre in direkter Wahl vom Volke gewählt werden. Preußen wird verschliffen.

Am der Spitze der Bundesrepublik, in die es zerlegt wird, steht die Republik Berlin mit ungefähr 10 Millionen Einwohnern, umfassend die Stadt und Landkreise Groß-Berlin.

Dann soll es angeschlossen eine Republik Preußen, umfassend Pommern, Westpreußen und den Kreis Bromberg, eine Republik Schlesien, die auch die Provinz Posen, die Sudentenländer, und die Provinz Ostpreußen, die Republik Brandenburg, umfassend die Provinz Brandenburg ohne die zu Groß-Berlin gehörigen Teile, die Provinz Pommern, die Altmark und beide Mecklenburg.

Dann Republik Niedersachsen, umfassend Hannover, Schleswig-Holstein, Oldenburg und Braunschweig; Republik Westfalen, umfassend die Provinz Westfalen, den Kreis Schaumburg, beide Lippe und Rhynun; Republik Hessen, umfassend Hessen-Nassau und das Großherzogtum Hessen; Republik Pfälzland, umfassend die Rheinprovinz, die bayerische Pfalz und das Fürstentum Nürtingen.

Der Regierungsbezirk Erfurt soll zu Groß-Berlin kommen. Wien soll ebenso wie Berlin reichsunmittelbar werden. Die anderen Teile von Preußen

### An die Arbeitgeber des Regierungsbezirks Merseburg.

Anfolge der durch die Massenillusionsbedingungen geschaffenen sehr schwierigen Arbeitsverhältnisse ist der Antragsteller der Arbeiter für den heutigen Morgen zurzeit nicht möglich. Auch ist die Gewerkschaft der Gewerkschaften und deren der polnischen Regierung nicht ohne weiteres übergeben.

Durch überaus Abtransport haben sich sowohl im Zentrum des Landes, besonders in Berlin, wie auch an der Grenzübertragung nach Polen beträchtliche Massen von Arbeitslosen angesammelt, deren Unterbringung und Verpflegung große Schwierigkeiten bereiten und die die öffentliche Ordnung gefährden. Zum Teil wurden diese Massen durch den überaus Abtransport eines auszubildenden Beschäftigten entzogen. Ihre Unterbringung ist unerwünscht. Erziehung und mit Rücksicht darauf, daß eine spätere Wiederbeschäftigung der Arbeiter in Deutschland in Zeiten großer Nachfrage nach Arbeitskräften im Auge zu behalten ist, hat das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung (Demobilisationsamt) Berlin S. 23, 48 unter III 23/12, 18 D. M. A. am 4. Dezember 1918 folgendes bestimmt:

- 1) Die Arbeitgeber sind gehalten, die von ihnen bisher beschäftigten Arbeiter so lange unter den gleichen Vertragsbedingungen weiter zu beschäftigen, bis durch den zuständigen Demobilisationskommissar oder die von ihm beauftragte Stelle die Zurückführung der Arbeiter angeordnet wird.
- 2) Nach der Belegung der Arbeitsplätze durch deutsche Arbeiter, der Mangel an Arbeitsgelegenheit oder andere wichtige Gründe eine Beschäftigung des Arbeiters ist zum

### Am Sonntag, den 26. Januar, finden die Wahlen für die Preussische Landesversammlung statt.

### Die Kandidaten der Deutschnationalen Volkspartei heißen:

1. Hermann, Gottfried Louis, Rektor in Friedersdorf, Kreis Bitterfeld.
2. Fuchs, Ludwig, Kaufmann und Stadtrat in Erfurt.
3. Winkler, Friedrich, Generaldirektor der Bundesfeuerlösgesellschaft in Merseburg u. Salzig, Kreis Zeitz.
4. Kleine, Eugen, Bergrat in Dortmund.
5. Dr. Fischer, Gerhard, Senior und Superintendent in Erfurt.
6. Neubert, Ernst, Bergmann in Leucha, Kreis Weiskirchen.
7. Dr. Bohnenstedt, Benno, Oberlanddirektor in Nordhausen.
8. Dunkel, Johannes, Bäckermeister in Erfurt.
9. Hansen, Rudolf, Eisenbahnbetriebsleiter in Halle a. S.
10. Schrader, Hermann, Bergrat in Halle a. S.
11. Behm, Margarete, Vorsitzende der Gewerkschaften der Heimarbeiterinnen in Berlin Köpenickerstraße 15.
12. Dr. Scupin, Hans, Universitätsprofessor in Halle a. S.
13. Noack, Willy, Landwirt und Schulze in Schönstedt, Kreis Pannitzsch.
14. Wessler, Richard, Oberleutnant in Torgau.
15. Erbs, Günther, Versicherungsbeamter in Erfurt.
16. Conrad, Robert, Handlungsgehilfe in Wittenberg a. Elbe.
17. Dr. Jacobi, Bernhard, Eisenbahndirektor in Schleisingen.
18. Freiherr von Strombeck, Friedrich, Fabrikbesitzer in Dobra, Kreis Liebenwerda.
19. Brodmann, Franz, Gutsinhaber in Gleien, Kreis Delitzsch.

# Wahl zur preussischen Landesversammlung deutsch demokratische Liste Dr. Abderhalden.

Sollen entweder zu Schiffern oder zum Bundesrat Oberländern oder zu Bayern kommen. Außerdem soll ein Bundesrat Deutsch-Schlesien konstituiert werden.

### Hindenburg übernimmt den Oberbefehl im Osten

Berlin, 21. Jan. Die Reichsregierung hat sich in den jüngsten Tagen in mehreren Sitzungen mit der Frage des Grenzschutzes beschäftigt. Wie die „B. Z.“ hört, sieht es sehr, daß Grenzschutzmarschall v. Hindenburg die Leitung der mit dem Grenzschutz notwendigen Operationen übernehmen wird. Wo sein Hauptquartier aufgeschlagen wird, ist noch nicht bestimmt. In Pommern, Ost- und Westpreußen sind freiwillige Volkswachen entstanden, die mit den bereits im Osten befindlichen Truppen vereinigt werden sollen.

### Die Nationalversammlung tagt in Weimar.

Berlin, 21. Jan. Die Reichsregierung hat beschlossen, die Nationalversammlung auf den 6. Februar nach Weimar einzuberufen. Die Versammlung nach Weimar entspricht in der Hauptsache dem Wunsch der süddeutschen Staaten. Es ist nicht daran gedacht, auch die Reichsregierung nach Weimar zu verlegen.

### Nationalwahlen.

Berlin, 21. Jan. Nach den vorläufigen nichtamtlichen Meldungen können bis nachmittags 5 Uhr als gewählt gelten: 319 Abgeordnete zur Nationalversammlung aus 28 Wahlkreisen. Die 319 Abgeordneten verteilten sich wie folgt auf die verschiedenen Parteien: Deutschnationaler Volkspartei 28, christliche Volkspartei (Zentrum) 57, deutsche Volkspartei 11, deutsche demokratische Partei 58, sozialdemokratische Partei 132, Unabhängige 22. Ferner erhielten noch die Bauern- und Landarbeiter-Demokraten in Schleswig-Holstein 1 Sitz, der bayerische Bauernbund 4, die Nationalliberalen und Mittelpartei in Frankfurt 1, die Bürgerpartei zusammen mit dem Bauern- und Weingärtnerbund in Württemberg 2 Sitze.

### 500 000 Opfer der Plödade

Berlin, 21. Jan. Die Wirkung der Plödade auf die

Zeitspunkte seiner Bemerkungen anmöglich, so können die Arbeiter unter Innehaltung einer 14-tägigen Kündigungsfrist aus dem zurzeit bestehenden Arbeitsverhältnis entlassen werden. Nach Ablauf der Kündigungsfrist hat der Arbeitgeber für Unterhalt und Verpflegung der Arbeiter weiter zu sorgen, sofern dies bisher von ihm geschehen ist und der Demobilisationskommissar keine andere Regelung trifft. Im Falle dieser Unterhalt und Verpflegung beim bisherigen Arbeitgeber hat die Gemeinde oder der Gemeindevorstand dem Arbeitgeber eine vom Demobilisationskommissar abgemessen oder für den Einzelfall festzusetzende Vergütung im Rahmen ihrer sonstigen Fürsorgeaufwendungen zu gewähren.

- 3) Wurde den Arbeitern bisher von ihren Arbeitgebern weder Unterhalt noch Verpflegung gewährt, so steht ihnen die volle Gewerkschaftenunterstützung an ihrem Wohnort bis zum Zeitpunkt ihrer Heimreise zu.
- 4) Weigern sich die Arbeiter, die ihnen von ihren bisherigen Arbeitgebern angebotene Arbeit auszuführen, so erfolgt, den allgemeinen Bestimmungen der Verordnung über die Gewerkschaftenunterstützung vom 13. November 1918 entsprechend, für Anspruch auf Gewerkschaftenunterstützung. Das gleiche gilt, sofern die Arbeiter die Übernahme einer Beschäftigung verweigern, die ihnen vom Demobilisationskommissar oder den von diesem bestimmten Stellen zugewiesen wird.
- 5) Für die beschäftigten Rückwanderer, die ihren Verbleib in Deutschland wünschen, finden die Bestimmungen keine Anwendung.
- 6) Die Durchführung dieser Regelung wird den Demobilisationskommissaren übertragen, die darüber besondere An-

Ordnungen erlassen können.

### Generalstreik in Braunschweig.

Frankfurt, 21. Jan. Aus Anlaß des Generalstreikes sind die meisten Geschäfte heute geschlossen. Die Zeitungen erscheinen nicht.

### Provinz und Nachbarstaaten.

Wir machen hierdurch darauf aufmerksam, daß im Interesse der Lehren, Arbeitgeber, Eltern und Kinder für Tantiemen und Umgehungen eine Veräußerung für den Veräußerer und Veräußerungsmitteln besteht. Sie wird vom Lehrer Red. Gartenstraße 14 vermittelt. Die Veräußerung stellt arbeitet in diesem Jahre gemeinsam mit dem öffentlichen Arbeitsnachweis-Adressat 4 I Rektor Neumann. Wir empfehlen Lehrern, Arbeitgebern, welche Schulentlassene Offizern einstellen, sowie Eltern abgehender Schüler sich der Vermittlung einer dieser beiden Stellen zu bedienen und mit einem der genannten Herren in Verbindung zu treten, von welchen ihnen Anfragen gern beantwortet sowie Rat- und Vorschläge kostenlos erteilt werden. Den Eltern raten wir, ihre Einnahme möglichst gealterten Verträgen anzuschließen und den Demobilisationsamt sich wegen Einwickeln von Lehren recht bald zu entscheiden. Adresse in der Beilage.

7) Auf Grund der Verordnung über den Erlaß von Strafbeschlüssen durch das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 27. November 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1389) wird bestimmt, daß Zuwiderhandlungen gegen die von den Demobilisationskommissaren erlassenen Anordnungen zur Ausübung von Ziffer 1 und 2 auf Antrag der Demobilisationskommissare mit Geldstrafen bis zu einhundertfünfzig Mark bestraft werden. Für alle mit der Befolgung und dem Heimtransport der zurückgeführten Arbeiter zusammenhängenden Fragen ist in Braunschweig der Demobilisationskommissar (Regierungspräsident) zuständig. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß vorstehende Verfügungen nicht als ein Verbot der Heimreise der zurückgeführten Arbeiter anzusehen sind; es ist vielmehr ihr Zweck, die Auswanderung in gebrochene Wägen zu lenken, damit eine Ansammlung von Wägen auf den Bahnhöfen aus den Grenzabfertigungen vermieden wird und die Arbeiter vor Schäden bewahrt bleiben. Die Überführung der Arbeiter zur Arbeit erfolgt durch den Demobilisationskommissar. Jeder Arbeiter, der bis dahin auf seiner Arbeitsstelle verbleibt, erhält freie Reise und unentgeltliche Verpflegung während der Reise. Sollten auf einer oder der anderen Arbeitsstelle ausländische Arbeiter angedeutet darauf bestehen, sofort abzureisen, so ist bis durch die zuständigen Landesämter oder Polizeibehörden unverzüglich dem Demobilisationskommissar zu melden, worauf von hier aus das weitere sofort veranlaßt werden wird.

Merseburg, den 23. Dezember 1918.  
Der Regierungspräsident, Demobilisationskommissar.

## Wähler u. Wählerinnen!

Es gilt, jetzt nicht frühzeitig zu erraten und durch gegnerische Verdächtigungen und Angriffe sich beirren zu lassen! **Wählt die Liste**

## Dr. Abderhalden

### Deutsche demokratische Partei.

**Achtung**  
10 Paar gut erhaltene weisse **Herrn-Glacé-Handschuhe**  
soll zu verkaufen. Näh. Expedition d. s. Blattes.  
**Eine Hobelbank**  
ist zu verkaufen bei Frau **Ida Schultze** Dornheim.

**Achtung.**  
Der Gemeindevater Richard Behrer in Schortau sucht eine allein stehende Frau als **Haushälterin.**

**Jauchefass**  
für Einpanner postend vert.  
**H. Wötner,**  
Thelitz.

**Eine hochtragende Ziege**  
ist zu verkaufen.  
Oberstraße 56.

75 Mt. erhalten; am 3. 1. 40 Mt. an Berliner Missionsgesellschaft, 35 Mt. an Ostwald-Verein abgeteilt. Herzlichen Dank!  
Flagemann



Wählt die Liste: **Herrmann!**

# Landwirte! Achtung!

**Gasthof zum Löwen, Teuchern**  
Sonntag, den 26. Januar 1919

## Großer Ball

Anfang 6 Uhr.

Ende 1 Uhr

In einer öffentlichen Versammlung am 14. Januar 1919 in Zeitz hat Herr Oberlehrer Dr. Blankenburg-Zeitz, einer der hervorragendsten Vertreter der Demokratischen Partei in unserem Wahlkreis, nach einem Bericht im Zeitzer Anzeiger vom 16. Januar 1919 u. a. gesagt,

daß der Bund der Landwirte verantwortlich für das Umsichgreifen der Revolution sei.

Herr Blankenburg sagte nämlich:

Das Naumburger Jäger-Regiment, Söhne unserer Landwirte, des Bundes der Landwirte, trat zuerst zur Revolution über. Wahrlich, die Saat des Bundes ist furchtbar aufgegangen!

Landwirte! Wollt Ihr Euch diese Beleidigung gefallen lassen?

Wollt Ihr weiterhin der Partei folgen, deren Führer so über Euch und Eure Söhne urteilt? Erkennt Ihr nicht was hinter dieser Partei steckt?

Weißt die Beleidigung des Herrn Dr. Blankenburg zurück, indem Ihr am nächsten Sonntag Eure Stimme der

## Deutschnationalen Volkspartei

gibt, also die Liste wählt, die mit dem Namen

# Herrmann

beginnt.

## Zeitzer Vieh-Versicherungs-Verein

(Gegründet 1860.)

Versicherungssumme: 5 473 435 M.  
gezahlte Beiträge: 3 866 103 M.  
Sicherheitskapital: 167 357 M.

Der Vorstand des Vereins hat die Verluste im IV. Vierteljahr 1918 nach eingehender Prüfung wie folgt anerkannt:

bei Pferden 64 818,— M.  
bei Rindern 26 050,— M.  
bei Schweinen 15 138,— M.

Zur Deckung dieser Verluste ist die Einziehung eines Beitrages von 2 Bfa. für Versicherungs-Mark bei Pferden, 2 Bfa. für Versicherungs-Mark bei Rindern, 4 Bfa. für Versicherungs-Mark bei Schweinen beschlossen. Die Mitglieder werden zur Zahlung dieser Beiträge innerhalb 14 Tagen veranlagt.

Die Verluste des letzten Vierteljahres betragen sowohl bei Pferden als auch bei Rindvieh ungefähr das 5 fache normale Zeiten. Diese großen Verluste haben uns gezwungen einen höheren Satz für die Beitragsleistungen festzusetzen und außerdem zur Erzielung des Gleichgewichts das Sicherheitskapital mit einem sehr hohen Betrag heranzuziehen.

Wir hoffen, daß mit der Besserung der landw. Verhältnisse im laufenden Vierteljahr auch die gesundheitslichen Zustände unter unseren Viehständen sich heben werden. Unsere Mitglieder aber bitten wir, durch möglichste Pflege ihrer Tiere zur Verringerung der Schäden beizutragen.

Anträge auf Neuversicherungen von Pferden, Rindvieh, Ziegen und Schafen werden unter den günstigsten Bedingungen von der unterzeichneten Direktion und den bekannten Vertreterstellen jederzeit gern entgegengenommen und je bei hierzu gewünschte Auskunft erteilt.

Zeitz, den 15. Januar 1919.  
Zeitzer Vieh-Versicherungs-Verein  
Der Direktor **Banzer**.

Die Mitglieder werden zur Zahlung der betr. Beiträge spätestens bis incl. 31. I. hiermit ergebenst veranlagt. Nach Ablauf der Frist müssen die Zahlungen durch den Voten gegen Erhaltung des übigen Votenlohnes den betreffenden überandt werden.

Bei dem zur Zeit herrschenden Mangel an Nickelgeld werden die Mitglieder ersucht, bei Zahlung der Beiträge Kleingeld mitzubringen.  
Teuchern, den 15. Januar 1919.  
S. B.: **S. Pohle**.

## Freiwillige Herbeigerung.

Am **Sonnabend**, den 25. 1. 19. nachm. 3/4 Uhr werde ich Unterm. **Beige Nr. 38:**

- 1 Sofa,
- 2 Bettstellen,
- 1 Bettstelle mit Matratze,
- 1 Kommode mit Glashaft,
- 1 Brotschrank,
- 1 Tisch,
- 4 Stühle u. a. S. u.

Öffentlich meistbietend gegen Baartzahlung versteigern  
**Wojewoda, Gerichtsvollzieher.**

**Sonnabend und Sonntag**

## Die Sünde Grosse Sensation.

Ein  
**Schmiedelehrling**

sucht für Offen  
**Karl Herz, Weiskensels,**  
Nikolastraße 44.

Veränderungshalber bin ich geworden mein

## Haus

Unterm Beige Nr. 6 zu verkaufen.  
**Anton Müller.**

## Ein Hund

(schwarz und weiß gezeichnet) ist zugekauft und bezogen 3 Tagen abzugeben.

**Frau Böhm, Naumburger Str. 8**

## Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer beiden in der schönsten Jugendblüte so plötzlich dahingegangenen Söhne

## Max und Otto

drängt es uns, Allen, die unsere Lieben beehrten, herzlich zu danken. Dank besonders den Jünglingen und Jungfrauen von Gröben, die die Dahingegangenen zahlreich zur letzten Ruhestätte begleiteten und für die Geldspende. Dank auch der Gröbener und Runthaler Arbeiterjugend für die schöne Blumenspende und Ehrung beim Begräbnisse. Dank Herrn Oberpfarrer Plagemann für seine tröstvolle Rede am Grabe.

Die tieftrauernde Familie  
**Robert Knobloch, Gröben.**

## Nachruf

für unsere Jugendfreunde  
**Gebrüder Max und Otto Knoblauch.**

Weinet nicht, weil sie geschieden  
Aus der Lieben trautes Kreis,  
Denn sie ruhen sanft in Frieden,  
Wo man nichts von Schmerzen weiss.

Liebe Freunde, ruht in Frieden,  
Denn ihr seid ja viel zu früh  
Aus unserer Mitte nun geschieden,  
Entgangen aller Sorg' und Müh'!

So ruhet sanft und still im Frieden,  
Euch war Euer Schicksal so beschieden;  
Ihr wart so jung und starbt so früh,  
Doch wir vergessen Eurer nie.  
Und gehn wir einst in Himmel ein,  
Werdet ihr auch wieder bei uns sein.

Gewidmet von der Jugend Gröben-Runthal.

# Deutscher Bauern-Wahlverein

Geschäftsstelle: Burgwonden I. Th.

## An unsere verehrten Mitglieder!

Um der Zersplitterung vorzubeugen und um mit grösserer Aussicht auf Erfolg im politischen Kampfe auftreten zu können, haben wir uns nach dem Grundsatz: „Getrennt marschieren — vereint schlagen!“, mit anderen Berufsorganisationen des Mittelstandes im „**Deutschen Bürger- u. Bauern-Bund**“ (Deutsche Volkspartei)

zu einer grossen politischen Stossgruppe vereinigt.  
Unser Programm bleibt von der Vereinigung unberührt, da es mit dem des „**Deutschen Bürger- u. Bauern-Bundes**“ übereinstimmt

Unsere Kandidaten, die Herren

**Otto Rohe**, Bauer, in Schillingstedt,  
**Karl Wiesemann**, Bauer, in Burgwonden,

des „**Deutschen Bürger- u. Bauern-Bundes**“

gehen auf die Wahlvorschl. für die Wahlen zur preussischen Landesversammlung über  
Unser 1. Vorsitzender, Herr **Otto Rohe**-Schillingstedt, ist als 2. Schatzmeister in den Vorstand des „**Deutschen Bürger- und Bauern-Bundes**“ gewählt worden.

## Deutscher Bauern-Wahlverein.

Schreibung, Druck und Verlag von Otto Neumann Neudamm.

# Beilage zu Nr. 10 des „Wöchentlichen Anzeigers“ für Leuchern und Umgegend

## Provinz und Nachbarstaaten.

### Ergebnisse der Wahl zur National-Verammlung.

Im Regierungsbezirk Merseburg (13. Wahlkreis) wurden Stimmen abgegeben:

Deutschnationale Volkspartei	45 210
Deutsche Volkspartei	4 807
Deutsche demokratische Partei	96 415
Christlich-demokratische Partei	3 912
Mehrheits-Sozialdemokraten	46 719
Unabhängige Sozialdemokraten	141 820

An Sitzen dürften erhalten die Deutschnationalen 1 (Gast Posadowski), die Demokraten 2 (Delius und Koch), die Mehrheitssozialisten 1 (Thiele) und die Unabhängigen 5 (Kunert, Raute, Koenen, Düwll und Anna Hübler).

### Regierungsbezirk Magdeburg und Anhalt.

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 492 779

Davon für:	Stimmen	Abgeordnete
Deutschnationale Volkspartei	36 774	1
Deutsche Volkspartei	18 294	—
Deutsche demokratische Partei	130 314	3
Christlich-demokratische Partei	7 962	—
Mehrheits-Sozialdemokraten	280 314	7
Unabhängige Sozialdemokraten	19 121	—

Unter den Gewählten befinden sich: Von der Deutschen Demokratischen Partei: Staatssekretär Schiffer-Berlin; Bürgermeister Heffe-Deffau, Bauernbundführer Dr. Böhme, von der Deutschnationalen Volkspartei Rittergutspächter Schiele (Schallehne); von den Mehrheits-Sozialdemokraten Volksbeauftragter Landsberg, anhaltischer Staatsminister Wolfgang Heine, Gewerkschaftsbeamter Silberschmidt, Stadtrat Beimis-Magdeburg, Frau Minna Bollmann-Magdeburg.

### Stadt Berlin.

Es erhielten:	Stimmen	Abgeordnete
Deutschnationale Volkspartei	92 374	1
Deutsche Volkspartei	54 370	1
Deutsche demokratische Partei	163 445	2
Christlich-demokratische Volkspartei	51 021	1
Mehrheits-Sozialdemokraten	365 564	5
Unabhängige Sozialdemokraten	275 915	4

Das Ergebnis ist als vorläufig amtlich zu bezeichnen. — Unter den Gewählten befinden sich Raumann (Dem.) Scheidemann, Fischer, Pfannkuch (Mehr. Soz.), Eichhorn, Haase (Unabh. Soz.), Kahl (Dsch. nat. Vp.).

### Das Wahlergebnis in Sachsen.

Von den 32 Mandaten im Königreich Sachsen entfallen auf die Deutschnationale Volkspartei 4 Abgeordnete, Deutsche Volkspartei 2, Deutsche demokratische Partei 6, Mehrheits-

sozialisten 17 und Unabhängige Sozialdemokraten 3. Es stehen also 12 bürgerlichen 20 sozialdemokratische Vertreter gegenüber. Bei den Reichstagswahlen 1912 waren 4 bürgerliche und 10 sozialdemokratische Kandidaten gewählt worden. Infolge von Nachwahlen verlor das Bürgertum noch 3 Sitze, so daß zuletzt Sachsen im Reichstage nur durch einen bürgerlichen und 22 sozialdemokratische Abgeordnete vertreten war.

	D.n.	D.dem.	D.S.	U.S.	M.S.
Schölen	125	329	13	347	74
Sitzken	27	292	4	79	252
Naumburg (Stadt)	3483	4820	272	4948	1784
Naumburg (Land) mit Bad Kösen	2160	1860	286	2240	597
Tamburg	496	300	—	723	15
Eisenberg	358	1375	—	3455	271

— **Fernsprechanstalten.** Infolge der Beendigung des Kriegszustandes und des dadurch bedingten physischen Zurückflutens der Heeresmassen haben die Anträge auf Herstellung neuer Fernsprechanstalten und auf Wiederherstellung der während des Krieges aufgegebenen Anstalten einen ganz gewaltigen Umfang angenommen. Die Herstellung der Anstalten ist jetzt besonders erschwert, zum Teil unmöglich gemacht, weil die Fabriken, welche die Fernsprechanstalten usw. anfertigen, vorläufig nicht in der Lage sind, auch nur einen geringen Teil der fehlenden Apparate zu liefern, da es ihnen an Arbeitern und auch an Rohmaterialien fehlt. Solange nicht ruhigere Zeiten wiederkehren und die Leistungen der Fabriken nicht zunehmen, ist es der Telegraphenverwaltung unmöglich, die Wünsche auf schnelle Herstellung zu erfüllen. Augenblicklich ist die Lage so, daß diese Apparate infolge vollständigen Fehlens bestimmter Apparate fast ganz ruhen müssen.

Alles Drängen und Mahnen den Fabriken gegenüber ist ohne jeden Erfolg, solange nicht die Arbeit in genügendem Umfange wieder aufgenommen wird. Aus diesem Grunde ist es auch zwecklos, daß das Publikum immer und schriftlich, mündlich und durch Fernsprecher bei den Postämtern oder der Ober-Postdirektion wegen schneller Herstellung der Anstalten vorstellig wird. Die betr. Dienststellen, an die infolge der überhäufteten Demobilisierung schon sonst gewaltige Anforderungen gestellt werden, werden durch solche Rückfragen nur unnütz belästigt.

Die Antragsteller können versichert sein, daß seitens der Telegraphenverwaltung alles geschieht, um ihnen die zur Wiederaufnahme ihrer Betriebe dringend nötigen Fernsprechanstalten so schnell als möglich zu beschaffen.

— Der Buchführungskursus soll am Montag den 27. Januar beginnen. Es werden zunächst allgemeine Mitteil-

ungen und Belehrungen erfolgen. Zu dem Zwecke werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten, sich abends 7 1/2 Uhr bei Berthold einzufinden. Die Anzahlung von 6 Mk. ist dabei zu leisten. Es werden voraussichtlich 4 Kurse nebeneinander abgehalten werden.

— **Volksversammlung.** Die sozialdemokratische Partei hält am Freitag im Gasthof Schortau eine öffentliche Volksversammlung ab. Damit trägt sie einen Wunsch der Schortauer Einwohner Rechnung. Möge sie recht zahlreich vertreten sein und da in Leuchern keine Versammlung mit dem gleichen Thema stattfinden kann, mögen auch die Leucherner Genossen und Genossinnen diese Versammlung mit besuchen.

**Merseburg, 22. Jan. (13. Wahlkreis.) Das Wahlergebnis der Wahl** stellt sich wie folgt: Unabhängige 290821, Mehrheitssozialisten 108806, deutsche Demokraten 161184, deutschnationale Volkspartei 76 510, deutsche Volkspartei 17763, christliche Volkspartei 652, Mittelstandspartei 1450. Verbundene Wahllisten der Sozialdemokraten 399 627, vereinigte bürgerliche Listen 102353. Es entfallen somit auf die Unabhängigen 5, Mehrheitssozialisten 1, deutsche Demokraten 2, Deutschnationalen 1 Stz.

**Schölen.** Wie dem „Anzeiger“ gemeldet wird, stifteten Frau Agnes von Tellemann als Wittwe des hiesigen Rittergutes und Herr Regierungsrat von Tellemann als Pächter des Gutes ein Kapital von 40 000 Mark zu Gunsten der männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten mit der Maßgabe, daß die Zinsen alljährlich zu Weihnachten als Zuwendung für langjährige Dienste und als Unterstützung für Alte und Kranke Verwendung finden sollen. Veranlassung zu dieser Stiftung war der 100jährige Geburtstag des Gutes in der Familie im Jahre 1918.

**Merseburg, 20. Jan.** Wahlergebnis für die deutsche Nationalversammlung: Stadt Merseburg: Unabhängig 4447, Mehrheitssozialisten 1867, Demokraten 3908, Deutschnationale Volkspartei 1167, Deutsche Volkspartei 437, Christliche Volkspartei 153. Leuna-Dorf: (entsprechend) 53, 50, 69, 0, 2. Leuna-Werk (entsprechend) 1520, 213, 108, 7, 2, 29. **Verschmelzung des Regierungsbezirks Merseburg und Herzogtums Altenburg mit Sachsen.**

**Halle a. S., 19. Jan.** Dem Vernehmen nach sind im vormaligen Königreich Sachsen Bestrebungen im Gange, die genannten Landesteile in den Hoheitsbereich von Sachsen miteinzubeziehen. Für diesen Gedanken soll auch in weiten Kreisen der Bevölkerung erste Propaganda betrieben werden. Die Richtigkeit der Gerüchte kann nicht nachgeprüft werden. Bedenkt man aber derartige Pläne greifbare Formen annehmen, scheint es doch erforderlich zu sein, sich die Tragweite und

die Folgen einer Zugehörigkeit des Regierungsbezirks Merseburg und des Bundesstaates Sachsen-Altenburg zum vormaligen Königreich Sachsen klarzumachen und die betroffene Bevölkerung darüber aufzuklären. Es scheint schon heute gewiß, daß die sächsischen Pläne in der preussischen und Altenburger Bevölkerung auf scharfen Widerspruch stießen und weit von ihr zurückgewiesen werden.

### Sozialisierung des Bergbaus im Regierungsbezirk Merseburg.

Halle, 21. Jan. Der aus Unabhängigen bestehende A.-Rat für den Regierungsbezirk Merseburg teilt mit, daß er sämtliche Bergbaubetriebe für Kohle, Kali und Kupfer der Bezirke Halle, Mansfeld, Zeitz, Weissenfels und Bitterfeld zum Zwecke der schleunigen Sozialisierung unter seine Kontrolle genommen habe, ebenso das Halle'sche Oberbergamt. Einwiger Widerstand gegen die Berggesellschaft soll durch Generalkriegsrecht gebrochen werden.

\* Mäuberlicher Überfall. Auf der Station Grödenbaum erschien nachts ein Auto mit etwa zehn bewaffneten Männern, die unter Vorhalten eines Revolvers den Stationsvorsteher zur Herausgabe der Stationskasse zwangen, die etwa 3900 Mark enthielt. Sie fuhren dann zum Postamt, schlugen dort die Tür ein und durchsuchten die Pakete. Während dieser Plünderung wurde der in der Nähe wohnende Polizeifergant durch zwei Bewaffnete bewacht, um ihn am Einschreiten zu verhindern. Dann fuhren die Räuber zu einer Bäckerei und holten das gebakene Brot aus dem Keller. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die Täter aus Duisburg sind.

\* Verhaftung einer Falschmünzerbande. Die Kriminalpolizei in Barmen überraschte eine Falschmünzerwerkstatt im vollen Betriebe. Bisher wurden vier Männer, darunter ein Lithograph und Steinbruder, sowie die Frau des letzteren in dieser Angelegenheit verhaftet. Man besaß sich mit der Anfertigung von 50-Mark-Guldscheinen der Städte des Kohlenreviers Bochum, Essen, Gelsenkirchen usw. Für über 40 000 Mark sehr gut ausgeführte Falschstücke wurden beschlagnahmt.

\* Kampf mit Pferdeschmugglern. Im Dorfe Haag bei Hausenberg (Bavern) beschlagnahmte die Gendarmerie 31 Pferde, die über die Grenze nach Oesterreich geschmuggelt werden sollten. 30 Burschen zogen darauf zur Gendarmerie und verlangten die Freigabe der Tiere. Als dies verweigert wurde, gingen die Burschen gegen drei Gendarmen tödlich vor. Diese gaben mehrere Schüsse auf die Angreifer ab, wobei zwei der Burschen getötet wurden.

Bisher 140 Tote der Berliner Spartakuswirren. Das Reichenshauhaus in der Hannover'schen Straße hat 77 Tote aufgenommen. In den verschiedenen Krankenhäusern sind 63 Personen ermittelt, die dort lebend eingebracht wurden, aber nachträglich ihren Verletzungen erlagen. Die Zahl der dem Wüten der Spartakusbanden aufs Konto zu schreibenden Todes-

opfer beträgt also nach den bisherigen Feststellungen 140.

Das Schlußwort war in den letzten Tagen überlauten. Es haben Angehörige, die noch unbekannte Tote sehen und feststellen wollten, auch Neugierige.

Gegen 21 Opfer sind bereits auf Wunsch der Angehörigen von der Staatsanwaltschaft freigegeben und beerdigt worden. Die gemeinsame Beerdigung der übrigen wird in den ersten Tagen der nächsten Woche stattfinden. Der Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain bietet nur noch wenig Raum. Es muß deshalb nach einem anderen Begräbnisplatz Ausschau gehalten werden.

### Eine anseherige Geburtstagsgesellschaft.

Der Juwelier Hermann Grüniger in Berlin feierte in seiner Wohnung den Geburtstag seiner Braut. Es waren 30 Personen anwesend. Gegen 1/2 Uhr nachts erschienen in der im Erdgeschosse gelegenen Wohnung drei Matrosen und ein Soldat und forderten die Gäste mit vorgehaltenen Pistolen auf, die Hände hoch zu heben. Dann durchsuchten sie jeden einzelnen der Anwesenden, nahmen ihm Geld und Papiere aus den Taschen und forderten Grüniger auf, den Geldschrank zu öffnen, aus dem sie 200 Mark und die darin befindlichen Papiere erlösten. Dann wurde die ganze Geburtstagsgesellschaft in einem Nebenzimmer eingesperrt. Während der Matrosen Grüniger aufforderte, sich anzuziehen und ihn nach dem Polizeipräsidium zu folgen, warfen die Räuber, um unbehelligt zu entkommen, auf dem Korridor der Wohnung eine Gasombe. Die sich entwickelnden Gase verletzten die Gäste derart in Schrecken, daß sie aus dem Fenster sprangen. An ihrem Gelde sind den Räubern etwa 2000 Mark in die Hände gefallen.

\* Militärischer Freiheitswindel. Das Gericht in Hannover beurteilte den Kaufmann Max Haltin zu acht Wochen Gefängnis. Unter dem Vorgeben, ihre Söhne vom Militärdienst befreien zu können, hat er sich während der Kriegszeit an die Mütter gestellungspflichtiger weidender Söhne herangemacht und ein völlig unvirtuelles Pulver, bestehend aus Kreide und sonstigem Kram, für teures Geld verkauft. Hierbei versprach er, dieses Pulver wirke auf die Herzstätigkeit und befreie jeden von der Brauchbarkeit zum Militär. Natürlich war das Pulver gänzlich unwirksam.

### Stadtverordneten-Sitzung am 20. Januar 1919.

Anwesend waren sämtliche Stadtverordnete, von Seiten des Magistrats der Bürgermeister Zimmermann und Herr Mag.-Ass. Fr. Zimmermann. Als Schriftführer fungierte Herr Stadt-Sekretär Göbel.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erstattete Herr Bürgermeister Zimmermann einen Verwaltungsbericht für das Jahr 1918, in welchem er die wichtigsten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, und zwar die Erbauung einer Wasser-

leitung, die Annahme dreier Stiftungen, den Ankauf des Angerschen Grundstücks und die Erbauung einer Turnhalle mit Jugendheim und Kinderbewahranstalt hervorhob.

Im Jahre 1918 fanden 28 Magistrats-Sitzungen, im Vorjahr 31 statt, in welchen 264 (261) Beschlüsse gefaßt wurden. Stadtverordneten-Sitzungen fanden 13 (6) statt mit 58 (46) Beschlüssen. Die Schuldeputation tagte 2mal (1) und faßte 5 (7) Beschlüsse. Polizeiliche Vernehmungen fanden 404 (339) statt. Das Gewerbegericht hatte 7 (11) Streitfachen zu erledigen.

Geboren wurden 82 Kinder gegen (94) des Vorjahres. Berechelt haben sich 36 (31). Gestorben sind 156 Personen (106). Auf dem Felde der Ehre fielen 115 Personen. Die Verwaltung hatte 10 088 Sachen wie im Vorjahr zu erledigen. Von hiesiger Stadtparkeasse wurden 480 Stück Sparkassenbücher gegen 253 des Vorjahres ausgefertigt.

### Die Sitzungs-Tagesordnung fand folgende Erledigung:

Der Stadtverordneten-Vorsteher Häber und der stellvert. Stadtverordneter-Vorsteher Elster wurden wiedergewählt. Als Schriftführer bei den Sitzungen wurde der Stadtverordnete Luchfinger und als dessen Stellvertreter der Stadtverordnete Dorgerloh bestimmt. In die verschiedenen Kommissionen wurden gewählt: 1. in die Baukommission die Stadtverordneten Gähler, Kemme und Berner, 2. in die Grenzkommission die Stadtverordneten Berger, Böblich und Feld, 3. in die Armenkommission die Stadtverordneten Frischbier, Anader und Müller, 4. in die Finanzkommission der Stadtverordneten-Vorsteher Häber, die Stadtverordneten Elster und Luchfinger, 5. in die Gesundheitskommission die Stadtverordneten Sanitätsrat Dr. Jachob, Höring und Ophig, 6. in den Kommunalsteuerauschuß die Stadtverordneten Berger, Berthold und Weidner, Buchdruckereibesitzer Otto Dieferenz und Kaufmann Paul Taubert, 7. in den Arbeitsauschuß der Jugendwehr der Stadtverordnete Dorgerloh, in das Stadtparkassen-Kuratorium der Stadtverordn.-Vorsteher Häber und der Stadtverordnete Elster, in die Einkommensteuer-Voreinschätzungskommission die Stadtverordneten Berger und Feld, der Tischlermeister Weidner, Bergarbeiter Albert Keullinger, Bergarbeiter Karl Höring, als deren Stellvertreter die Stadtverordneten Böblich und Frischbier, der Bergarbeiter Ernst Gröbe, der Schmiedemeister Richard Kögler.

2. Die Kosten für die Kindergärtnerin in Höhe von jährlich 900 Mark wurden vom 1. Jan. 19 auf die Armenkasse übernommen. Es soll versucht werden, hierzu eine Kreisbeihilfe zu erlangen.

3. Der Ankauf des Grundstücks der Witwe Wilhelmine Schläge wurde abgelehnt.

4. Das Abkommen mit dem Verleger des hiesigen Wochenblattes, wonach dieser für die amtlichen Bekanntmachungen eine jährliche Entschädigung von 300 Mk. erhält, wurde für die Dauer eines Jahres genehmigt.

5. Zu Titel I B. der Armenkasse wurden 400 Mk. nachbewilligt.

6. Die Stiftung der A. Riebed'schen Montanwerke, Aktiengesellschaft in Halle a. S. in Höhe von 40 000 Mk. zum Bau eines Jugendheimes nebst Kinderbewahranstalt wurde unter dem Ausdruck herzlichen Dankes angenommen.

Neue Tochtergesellschaften der Auergesellschaft. Die elektrischen Glühlampenfabriken der Auergesellschaft, Berlin, werden seit 1. Januar d. J. als Tochtergesellschaft "Dreampwerke G. m. b. H. Kommanditgesellschaft" weitergeführt. Ebenso sind die Fabriken für Beleuchtungskörper und Beleuchtungsgläser für Gas und elektrisches Licht, elektrische Heiz- und Kochapparate in eine besondere Gesellschaft unter dem Namen "Auerlicht-Gesellschaft m. b. H. Kommanditgesellschaft" ab 1. Januar d. J. umgewandelt worden.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Dieferenz, Leipzig.



# Wöchentliches Anzeiger für Teuchern und Umgegend.

Abdruckpreis: Die fünfzehnjährige Kopiergebühr 15 M.

Abdruckpreis in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Heisterstraße 10  
am Freitag vormittags 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen  
müssen am vorhergehenden Tage in unfernen Händen sein.

Das Blatt erscheint 2 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag  
abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Einzelblätter für den Preis von 1,50 M.  
von unfernen Hunden ins Haus gebracht 1,75 M. und durch den  
Zusteller 1,74 M.

Einzelblätter und monatliche Bezüge werden außer in der Ge-  
schäftsstelle, Heisterstraße 10, auch von unfernen Hunden und allen  
Kaufleuten, Postämtern angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 10.

Donnerstag, den 23. Januar 1919.

58. Jahrgang.

## Der Präliminarfrieden.

Lange genug haben es sich unsere Gegner über-  
legt, bis die Konferenz für den Abschluß des Vor-  
trags in Paris zusammengetreten ist. Wir werden ja  
bald sehen, in welcher Weise sich die Beratungen unter  
den Vertretern der „Sieger“ abspielen, wenn wir an-  
nehmen, daß wir vor vollendeter Sache sein können,  
daß die Forderungen gestellt werden sollen, welche doch  
schon bei jeder Bekämpfung des Waffenstillstandes  
die gegnerischen Ansprüche, und es erscheinen härte-  
ste Forderungen, die bisher völlig unbekannt waren.  
Bekannt sind die für uns wichtigsten Fragen, die sich in  
der Verhandlung im Rahmen der Friedensverhandlung  
bisher nicht praktisch berührt, geschweige denn gelöst  
worden. Die deutsche sozialistische Reichsregierung hat  
nun allerdings erklärt lassen, daß sie übertrieben  
feindsinnige Friedensbedingungen nicht zustimmen  
wird, aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir das Nach-  
sehen für die Bekämpfung der zu Parteien Bedingungen  
aus der Hand geben, indem wir die ganze Szene auf-  
richten. Es die Entente sich mehr nach dieser Aufgabe  
richtet, wie nach den vom Präsidenten Wilson prokla-  
mierten Grundgedanken von Recht und Gerechtigkeit, wird  
sich zeigen. In Paris steht man zur Stunde auf  
dem Standpunkt, daß Deutschland das anzunehmen hat,  
was die Konferenz beschließt.

Die Aste von England und Frankreich sind kaum  
zu bekennen. England will von seiner Seeherrschaft  
zugunsten seiner Alliierten tatsächlich nichts abgeben,  
auch nichts ändern. Denn das britische Weltreich hat  
alles in Händen, was es gebraucht, um die Seeherrschaft  
nach seinem Interesse auszuüben. Frankreich will  
die Vorherrschaft auf dem Kontinentaleuropa bis  
weit nach Osten hin, und zur Erlangung dieser Macht,  
das heißt, zur dauernden Einigung Deutschlands, sol-  
len ihm die neuen Staaten Polen und die tschechisch-  
slowakische Republik dienen. Auch Rumänien, Ser-  
bien, Bulgarien und Griechenland werden erheblich  
in französischen Stromen schwimmen, mit dem schließ-  
lich auch Ungarn und die baltische Republik gehen  
werden. Deutschland und Deutsch-Österreich sind also  
eingeklemmt. Nicht auf ihre Kosten kommen werden  
bei diesen französischen Plänen die Italiener. Die  
Ergebnisse davon zeigt sich bereits in den italienischen  
Forderungen. Daß wir uns das Eindringen der Polen  
in Deutschland nicht gefallen lassen können, ist selbst-  
verständlich, bezweifelt wird es indes ebenfalls werden.  
Aber die Bildung eines rheinischen Pufferstaates  
zwischen Frankreich und Deutschland, die einen Lieb-  
lingsgedanken Clemenceaus in Paris darstellt. Auf  
unsere Kolonien legt man größten Teil England die  
Hand. Um uns in Afrika wird Frankreich leicht mög-  
lich beanspruchen, Japan Ostasien und Ostchina.

Die Hauptziele der nordamerikanischen Union im  
Frieden sind handelspolitischer, wirtschaftlicher Natur,  
doch wollen wir abwarten, ob nicht auch Forderungen  
nach einzelnen territorialen Stützpunkten herabzutreten  
werden. Den wirtschaftlichen amerikanischen Bestre-  
bungen soll der neu gegründete Völkerbund dienen,  
von dem England und Frankreich wenig halten, wenn  
sie es auch nicht aussprechen. Bei den Verhandlungen  
die wir heute in Deutschland haben, wird der Völker-  
bund wesentlich Sache unserer Kriegsgegner sein, und  
es kann nicht genug vor Illusionen gewarnt werden,  
als ob wir dabei ein großes Los ziehen könnten.

„Uns droht kein Kornfeld in der fernen Hand.“  
wir haben auch nicht eine Massenproduktion von indus-  
triellen Erzeugnissen, wenn wir dazu nicht Kohle, Eisen,  
Betriebsmaschinen und willige Arbeitskräfte haben. In  
allen drei Beziehungen liegt es heute so, daß wir  
nicht konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt sind. Und  
wenn wir uns nicht unsern Anteil am Weltmarkt  
wieder erobert, so hat auch der Völkerbund für uns  
keine Sonne, an der wir uns wärmen können. Die  
neuen Waffenstillstandsbedingungen sagen genug.

Zur Aufklärung unfernen Nationalwohlstandes  
in der deutschen Republik kommt es auf die Friedens-  
entscheidungsbedingungen der Entente an. Denn  
da nicht helfen, daß ein paar Milliarden mehr oder  
weniger nichts ausmachen, im Gegenteil, wir müssen  
an jede Million seihen, wenn wir ehrlich wollen  
und den Reichs- und Staatsbankrott vermeiden sollen.  
Unsere Forderungen und Kriegsschulden sind ja noch  
nicht abgezahlt, es können immer neue Auf-  
wendungen dazu, an die früher niemand gedacht hat,  
und dann die Zahlungen an den Feind. Würde das  
alles zusammengerechnet, dann raseln die Tausende  
von Millionen nur so. Der Präliminarvertrag muß  
gegeben, ob Deutschland innerhalb seiner inneweiligen  
Belange ausbleiben bleibt. Erfolgt genau steht es.

## Der Lage.

### Eröffnung der Friedenskonferenz.

Die Friedenskonferenz trat gestern nachmittag  
10 Uhr zusammen. Winckler hielt die Eröffnungsrede  
und verließ dann den Saal. Dummreich schloß die Sitzung

die Wahl Clemenceaus als fünftägigen Präsidenten der  
Konferenz vor; Alois George und Tommaso unterführten  
den Vorschlag und Clemenceau wurde einstimmig ge-  
wählt. Er nahm die Wahl mit Dank an und hat um  
schnelle Erledigung des Friedensprogramms. Er sagte  
weiter, er habe viel Juristen wegen der französisch-  
deutschen Verantwortung des früheren Kaisers um Rat  
besucht und würde jedem Vertreter eine Abschrift des  
Gutachtens zustellen. Die Sitzung wurde um 4 Uhr  
35 Minuten verlegt. Die Vertreter der Presse wohnten  
ihr in ihrem ganzen Verlauf bei.

### Der Herrler Ungarns in Haft.

Zu der Nachricht, daß Feldmarschall Madenien auf  
Schloß Futab bei Pestas nicht bloß interniert, sondern  
in einer wirklich strengen Haft gehalten wird, wird  
aus Budapest mitgeteilt, daß die strenge Behandlung  
um Anregung des Grafen Karolyi und des ungarischen  
Kriegsministers erfolgt sei.

Es wurde angehängt in maßgebenden ungarischen  
Kreisen befürchtet, daß bei der großen Popularität  
des Feldmarschalls eine Bewegung gegenrevolutionärer  
Natur entstehen könnte, die sich des Feldmarschalls be-  
dienen könnte. Diese Befürchtung veranlaßte den Grafen  
Karolyi, bei den Franzosen darauf zu dringen,  
Madenien unschädlich zu machen, da seine Anwesenheit  
eine Gefahr bedeute. Die französischen Offiziere, welche  
den Befehl erteilten, die Verhaftung Madeniens vor-  
zunehmen, verhehlten diesem gegenüber nicht ihre An-

menge auf insgesamt 1 400 000 Tonnen schätze, was  
mit Hilfe bis zur nächsten Ernte durchgehalten werden.  
Er berechnet die Kosten für die zu liefernden Lebens-  
mittel auf 351 Millionen Dollar.

### Geheimerte Waffenstillstandsverhandlungen in Polen.

Die Waffenstillstandsverhandlungen in Bissa sind  
geheimert. Der oberste politische Volkstrat übernahm  
die Verantwortung der öffentlichen Sitzungen. Es wird  
ein besonderes Komitee ernannt. Verhandlungen mit  
den öffentlichen Kassen müssen statt an die Reichsbank  
ständig an das Schatzamt gehen. Es ist ein Aufmarsch  
vor für Wertpapiere und Geldeumlaufe erlassen.

### Geldstrafen für Offiziere und Mannschaften.

Der bayerische Landesstatthalter nahm einen Ge-  
schluß an, wonach die Soldatenräte der Generalkomman-  
dos darüber bestimmen sollen, wieviel Offiziere fünf  
Tagen noch nötig sind. Ferner wurde beschlossen, daß  
für Soldaten und Offiziere, wenn sie sich eines Ver-  
gehens schuldig machen, gleichmäßige Gefängnisse bis  
zu 20 Mark und Arreststrafen bis zu 14 Tagen zu-  
läufig sein sollen.

### Eine englische Stimme gegen die Blockade.

„Manchester Guardian“ schreibt:  
„Die Fortsetzung der Blockade schädigt den eng-  
lischen Geschäftsmann, den englischen Arbeiter und den  
englischen Soldaten. Wir in Manchester wissen das  
leider allzu gut. Nachdem die Kontrakte auf die Kriegs-  
lieferungen abgelaufen sind, bilden die Bedürfnisse  
der feindseligen Staaten den alles beherrschenden Faktor  
für die englische Industrie. Solange unsere Kaufleute  
und Industriellen nicht wissen, was die feindseligen  
Staaten kaufen, sind sie nicht in Stand, den Verkauf  
zu beurteilen und Geschäfte abzuschließen.“

Schwerlich kann jemand so dumm sein, eine weitere  
Handhabung der Blockade zu verlangen, die einen sehr  
anhaltenden Wohlstand erzeugt, die britische In-  
dustrie schon fast und zunehmende Arbeitslosigkeit in  
England verursacht.“

## Das Ergebnis der Wahlen

läßt sich bis zur Stunde noch nicht annähernd  
übersehen und wird erst in ca. 2 Tagen genauer fest-  
stehen. Was an Meinungen vorliegt, betrifft in der  
Hauptache Parteipolitik. Daher ist es auch noch  
nicht klar zu erkennen, wieviel Abgeordnete auf  
die einzelnen Parteien entfallen. Die bisherigen  
Ergebnisse lassen schließen, daß die Mehrheitssozial-  
demokratie an der Spitze der Parteien marschiert, die  
die meisten Stimmen erhalten haben. Dem folgen  
das Zentrum, die Demokraten und weiterhin die Rechts-  
parteien. Die Hoffnung der Sozialdemokraten, eine  
Mehrheit in der Nationalversammlung zu erhalten,  
wird sich kaum erfüllen.

Der Wahltag ist allenthalben im Maße ruhig  
verlaufen; die Beteiligung der Wählererschaft war so  
klar wie nie zuvor.

### Die Bestätigung des Wahlergebnisses in Berlin

wird eine erhebliche Verzögerung erfahren, da von  
verschiedenen Seiten, besonders von den „Unabhän-  
gigen“ Proteste gegen die Mehrheitssozialisten erhoben  
worden sind. Diese haben vielfach Stimmzettel abge-  
geben, welche am Kopfe die Worte tragen: „Auf  
den sozialdemokratischen Partei“, was die Bestätigung  
nicht für zulässig halten. Ferner ist diesfalls die  
Stimmzettel gelbes statt weißes Papier benutzt worden.  
Die endgültige Entscheidung über Gültigkeit oder Un-  
gültigkeit oder betreffenden Stimmzettel dürfte erst der  
Wahlprüfungskommission der Nationalversammlung  
vorgelegt werden.

Nach dem bisherigen Zählergebnis haben die So-  
zialdemokraten 106 000, die Bürgerlichen 97 000 Stim-  
men erhalten.

### Die Wahlen in Bayern.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag gab  
München über einen Heberlauf über die bisherigen  
Wahlergebnisse in Bayern, indem er sagte, daß die  
Bayrische Volkspartei etwas zugenommen, die sozia-  
listischen Mehrheitsparteien abgenommen und daß diese  
Abnahme bei den Mehrheitssozialisten zugunsten der  
Unabhängigen erfolgt ist. Daran ergibt sich nach  
München über der politischen Schluß, daß die Mehr-  
heitspartei durch die Affärenverbindung mit den Unab-  
hängigen geschädigt worden ist. Es ist nicht möglich, so  
betonte der Minister weiter, die Bayerische Volkspartei,  
als das neue Zentrum, auf einmal wegzunehmen.

### Nach Baden

liegt jetzt schon ein nahezu vollständiges Ergebnis vor.  
Man wird die Wählerfragen mittig, wie sie in  
so kurzer Zeit das Zentrum fertig gebracht haben.  
Die Organisation des Wahltages muß dort eine gerade-  
zu außerordentliche gewesen sein. Das Baden'sche Verhältnis  
1. Sozialdemokraten 388 000, Zentrum  
297 000, Zentrum 390 000, Unabhängige ca. 146 000



Der Untersuchung wohnten neben dem Bruder  
des Erschossenen noch der Abgeordnete Hugo Haase bei.  
Das Aufsuchen der Gewässer des Tiegartens nach  
der Leiche Rosa Luxemburgs ist immer noch ohne Er-  
folg geblieben. Ein Aufmarsch mit der Aushebung einer  
Belohnung von 10 000 Mark ist an dem Berliner An-  
schlagfälligen erschienen.

Die Lage an der West- und Ostfront.  
 Die Oberste Heeresleitung meldet über die Lage  
an der Ostfront u. a. Nach vorliegenden Nachrichten  
ist Litau und Lettland nur schwach vom Feinde be-  
setzt. Doblitz ist frei vom Feinde. Nach Heberläufer  
ausgehen soll die Luft zu weiterer Kriegsführung fast  
besunten sein.

Von der Westfront sind am 18. Januar auch die  
letzten Transporte von Genselinformationen abgelehrt.  
Der Abtransport des Heereses ist damit endgültig  
beendet.

Es wird berichtet, daß ein  
eine Kabinendeckung von Douber meldet, daß es  
für Europa in Betracht kommende Lebensmittel